

80. Beilage im Jahr 2026 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXII. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 80/2026

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 28. Mai 2026

Betreff: Förderpolitik ohne Koordination wird zur Kostenverschiebung

Sehr geehrter Herr Präsident,

die schwarz-blaue Landesregierung verweist seit Monaten auf Budgetdruck, Konsolidierungsbedarf und notwendige Einsparungen. Gleichzeitig entsteht zunehmend der Eindruck, dass im Vorarlberger Förderwesen zwar gekürzt wird, aber weiterhin niemand den Gesamtüberblick hat.

Denn aus mehreren Anfragebeantwortungen der Landesregierung geht hervor, dass bis heute keine umfassende Evaluierung des gesamten Förderwesens durchgeführt wurde. Vielmehr bestätigte die Landesregierung selbst, dass „lediglich auf die Wirkung von Förderungen abzielende Analysen“¹ bislang nicht vorgesehen waren und umfassende Wirkungsanalysen im Förderbereich nicht systematisch stattfinden. Gleichzeitig wird auf ressortinterne Prüfungen, Einzelberichte und laufende Prozesse verwiesen.² Eine koordinierte Gesamtstrategie zwischen Land und Gemeinden zur Reduktion von Doppelgleisigkeiten, Parallelförderungen und ineffizienten Förderstrukturen bleibt hingegen weiterhin nicht erkennbar.

Gerade jetzt zeigt sich jedoch, warum genau diese fehlende Abstimmung zum Problem wird: Förderentscheidungen des Landes haben vielfach unmittelbare Auswirkungen auf Gemeinden, kommunale Angebote und bestehende Mitfinanzierungen. Trotzdem scheint vielfach weder systematisch erhoben zu werden, welche Folgekosten dadurch bei Gemeinden entstehen, noch welche Leistungen dadurch unter Druck geraten.

So berichtete ORF Vorarlberg zuletzt, dass mehreren Gemeinden künftig Förderungen für zusätzliches Kindergartenpersonal gestrichen werden sollen. Betroffene Gemeinden hätten laut Bericht bereits geplante Anstellungen abgesagt oder müssten nun zusätzliche Kosten selbst tragen. Begründet wurde

¹ [https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/724A45F7AEFE2377C1258B2A00517BD2/\\$FILE/29.01.554%20Vorarlbergs%20F%C3%B6rderwesen%20zwischen%20effizientem%20Einsatz%20von%20Steuergeld%20oder%20Klientelpolitik.pdf](https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/724A45F7AEFE2377C1258B2A00517BD2/$FILE/29.01.554%20Vorarlbergs%20F%C3%B6rderwesen%20zwischen%20effizientem%20Einsatz%20von%20Steuergeld%20oder%20Klientelpolitik.pdf)

² [https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/31F55E7B515D2993C1258C610051EE4A/\\$FILE/29.01.059%20Nutz%20Vorarlberg%20das%20Sparpotenzial%20im%20F%C3%B6rderdschungel%20ausreichend.pdf](https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/31F55E7B515D2993C1258C610051EE4A/$FILE/29.01.059%20Nutz%20Vorarlberg%20das%20Sparpotenzial%20im%20F%C3%B6rderdschungel%20ausreichend.pdf)

die Maßnahme vom Land mit sinkenden Betreuungszahlen und notwendiger „Steuerung“.³

Auch der Vorarlberger Gemeindeverband warnte in diesem Zusammenhang vor einer zunehmenden Verlagerung finanzieller Lasten vom Land auf die Gemeinden und forderte mehr Planungssicherheit und Abstimmung.⁴ Genau darin liegt das eigentliche Problem: Konsolidierung ohne Koordination führt nicht automatisch zu einem schlankeren oder effizienteren Fördersystem, sondern oftmals lediglich zu einer Verschiebung finanzieller Verantwortung vom Land auf die Gemeinden. Dadurch sinkt das Fördervolumen nicht zwingend — die Kosten tauchen lediglich an anderer Stelle wieder auf.

Budgetkonsolidierung darf nicht zu einer stillen Kostenverlagerung vom Land auf die Gemeinden werden. Ziel muss daher nicht ein pauschales Streichen von Förderungen sein, sondern ein intelligentes, abgestimmtes und transparentes Fördersystem, das Doppelgleisigkeiten abbaut, ineffiziente Parallelstrukturen reduziert, Gemeinden Planungssicherheit gibt und dadurch das Fördervolumen nachhaltig senkt, ohne funktionierende kommunale Angebote unnötig zu gefährden.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit dem Vorarlberger Gemeindeverband einen Fördergipfel einzuberufen, um Doppelgleisigkeiten, Parallelstrukturen sowie finanzielle Wechselwirkungen zwischen Landes- und Gemeindeförderungen systematisch zu evaluieren;
2. künftig vor der Einstellung oder wesentlichen Kürzung von Landesförderungen mit Auswirkungen auf Gemeinden verpflichtend eine kommunale Förderfolgenabschätzung durchzuführen, insbesondere hinsichtlich zusätzlicher finanzieller Belastungen, Auswirkungen auf bestehende kommunale Angebote sowie möglicher Kostenverlagerungen auf Städte und Gemeinden, um Einsparungspotenziale nicht durch bloße Verlagerung von Kosten, sondern durch den gezielten Abbau von Doppelgleisigkeiten und ineffizienten Parallelstrukturen zu realisieren;
3. gemeinsam mit den Gemeinden ein transparentes System zu entwickeln, das sichtbar macht, welche Landesförderungen unmittelbar kommunale Angebote, Leistungen oder Kofinanzierungen absichern;
4. sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung nicht einseitig zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Gemeinden führen, sondern gemeinsam mit den Gemeinden strukturelle Einsparungspotenziale identifiziert werden, um das Fördervolumen durch ein effizienteres und besser abgestimmtes Fördersystem nachhaltig zu reduzieren.“

³ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3346718/>

⁴ <https://www.vol.at/gemeinden-draengen-auf-rasche-reformen-bei-finanzierung/10117124>

LABg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LABg. Fabienne Lackner

LABg. Mag. Katharina Fuchs